

Kommentar

Sanktionierung russischer Energieimporte

Die europäischen Länder haben bereits massive Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland verhängt. Hinsichtlich eines Importstopps fossiler Energieträger bleiben die meisten Länder allerdings zögerlich. So führt die EU nach wie vor Öl und Gas im Wert von fast einer Milliarde Euro täglich ein. Aufgrund der Versorgungsstruktur ist eine Abwendung von russischen Energieträgern, welche in den USA und Grossbritannien bereits umgesetzt wird, kurzfristig äusserst schwierig bzw. nur unter grossen wirtschaftlichen Kosten umsetzbar. 45 Prozent des importierten Gases und 25 Prozent des in die EU importierten Öls stammen aus Russland. Beispielsweise Österreich, Polen, Slowenien, Italien und Deutschland sind noch viel stärker von russischem Gas abhängig.

Russland setzt die Karte der Energieabhängigkeit strategisch als Druckmittel gegen den Westen – und um den ohnehin bereits immensen Druck auf die russische Wirtschaft zu dämpfen – ein. Bereits vor dem Angriff auf die Ukraine wurden Gaslieferungen nach Europa gedrosselt. Entsprechend niedrig sind die gegenwärtigen Lagerstände. Demgegenüber sind die Möglichkeiten am Weltmarkt limitiert, russische Energieträger kurzfristig zu ersetzen. Insgesamt trifft der Ukrainekrieg den europäischen Energiemarkt unvorbereitet. Eine jahrelang vernachlässigte Diversifikationsstrategie der Versorgungsstruktur kann kurzfristig kaum aufgeholt werden.

Wie kann trotz dieser massiven Abhängigkeit von russischem Gas und Öl Druck über die Energienachfrage aufgebaut werden? Auf Initiative des renommierten europäischen Think Tanks Bruegel schlagen führende Ökonomen in einem in der Fachzeitschrift «Nature» publizierten Brief vor, Zölle und Preisgrenzen auf russische Energieträger zu verhängen. Europa ist der wichtigste und zahlungskräftigste Exportmarkt für russische Energie. Um den Druck auf Russland zu erhöhen, sollten die europäischen Länder ein Nachfragekartell konstituieren und Zölle einführen bzw. Preise regulieren, so die Empfehlung. Zölle könnten entsprechend der Eskalationslage in der Ukraine angepasst werden und würden Anreize für Diversifikation zugunsten anderer Energieträger und Förderländer setzen. Des Weiteren sollte die Diversifikationsstrategie gemeinsam unter europäischer Flagge vorangetrieben werden. So könnte gegenüber anderen Förderländern stärker aufgetreten werden und Engpässe innerhalb Europas flexibler bewältigt werden.

Dabei hätten nicht nur Zölle und Preisregulation selbst einen lenkenden Einfluss, auch Erträge daraus könnten strategisch genutzt werden. Ein Teil könnte treuhänderisch verwaltet werden und Russland zufließen, sofern es die Angriffe einstellt. Andererseits könnten die lukrierten Mittel dem ukrainischen Wiederaufbau zugutekommen. Ohne Risiko, dass Russland seinerseits den Export einstellen würde, wäre eine solche Massnahme allerdings nicht.



Martin Geiger, Ökonom
am Liechtenstein-Institut